

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 14.09.2009
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

Mitglieder:

Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	ab TOP 2, 18:10 Uhr
Markus Jasper	48619 Heek	Vertretung für Herrn Berthold Langehaneberg, bis TOP 8, 19:05
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Rudolf Geukes	46419 Isselburg	
Barbara Seidensticker-Beining	46354 Südlohn	
Matthias Brinkmann	46354 Südlohn	Vertretung für Karl-Heinz Pfaffe
Ute Gertz	48683 Ahaus	bis Top 5, 18:45 Uhr
Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Hartmut Bringmann	46325 Borken	Vertretung für Ingrid Groth
Annette Hüllemeyer	46325 Borken	Vertretung für Christian Stöttelder

beratende Mitglieder:

Werner Haßenkamp		
Hans-Josef Overmann		
Marlis Spieker-Kuhmann	46325 Borken	
Silke Dirks	46325 Borken	Vertretung f. Sebastian Zaremba

Vertreter/innen der Verwaltung:

Norbert Wiemer
Markus Büsken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: "Lernen fürs Leben - Jugendarbeit bildet"; Vorstellung des Bildungsheftes durch Ute Gertz
Vorlage: 0210/2009**

Frau Gertz stellt den Ausschussmitgliedern die neue Broschüre „Lernen fürs Leben – Jugendarbeit bildet“ vor. Die Broschüre sei durch die gute Zusammenarbeit von verschiedenen freien Trägern der Jugendhilfe und dem Kreisjugendamt ermöglicht worden. Das Bildungsheft stelle in anschaulicher Form die konkreten Angebote der außerschulischen Jugendarbeit im Kreis Borken vor. Es sei geplant, die Broschüre künftig auch in den Schulen vorzustellen.

Frau Seidensticker-Beining bedankt sich bei Frau Gertz für ihre Ausführungen. Sie hoffe, dass das Bildungsheft auf eine große Resonanz bei den Jugendlichen stoße.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht von Frau Gertz zur Kenntnis.

**Punkt 2: Vereinbarungen zur Schulsozialarbeit
Vorlage: 0209/2009**

Herr Haßenkamp erläutert die Sitzungsvorlage. Gegenüber dem ersten Entwurf sei die Vereinbarung in den vergangenen Wochen in einigen Punkten ergänzt bzw. geändert worden. Die nunmehr dem Ausschuss vorgelegte Vereinbarung mit den Schulträgern werde sowohl von den Bürgermeistern als auch der Verwaltung getragen. Sie enthalte – wenn auch in der Formulierung gestrafft – alle in der letzten Ausschusssitzung für wichtig gehaltenen Belange. Er schlage daher vor, dem vorliegenden Vereinbarungsentwurf zuzustimmen.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, wie viele Bürgermeister an der letzten Bürgermeisterkonferenz zur Jugendhilfe teilgenommen hätten. Herr Overmann antwortet, dass bis auf die Gemeinde Schöppingen alle Kommunen vertreten waren.

Frau Seidensticker-Beining kritisiert den vorliegenden Vereinbarungsentwurf. Wesentliche Inhalte, die in früheren Sitzungen des JHA besprochen worden seien, würden in der vorliegenden Kooperationsvereinbarung fehlen. Auch dem Wunsch, alle Schulsozialarbeiterstellen auf volle Stelle aufzustocken, sei nicht entsprochen worden. Die SPD-Fraktion könne daher dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen.

Herr Haßenkamp entgegnet, dass die Aufstockung auf volle Stellen zwar wünschenswert wäre, dies aber bei den Kommunen zu keiner Zeit durchsetzbar gewesen sei. Vielmehr sei es doch wichtig und letztendlich auch gelungen, in einem fachlichen Diskurs mit den Bürgermeistern einen gemeinsamen Kompromissvorschlag zu erarbeiten. Im Ergebnis würden alle Kommunen aktuell in die Thematik Schulsozialarbeit investieren. Darüber hinaus sei es auch Wunsch der Bürgermeister gewesen, die Begrenzung auf Hauptschulen zu streichen um somit Schulsozialarbeit beispielsweise auch für Realschulen zugänglich zu machen.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Overmann auf die der Vorlage beigefügte Übersicht zur aktuellen Ausgestaltung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen. In Isselburg habe der Fachausschuss in seiner letzten Sitzung entschieden, eine 1,0 Stelle Schulsozialarbeit einzurichten. Dieser Beschluss stehe jedoch noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates. In Stadtlohn gebe es zwei 0,5 Stellen anstelle der in der Vorlage aufgeführten 2,0 Stellenanteile.

Frau Büscher berichtet, dass der Rat der Stadt Stadtlohn nach langen Diskussionen beschlossen habe, die beiden vom Land geförderten Schulsozialarbeiterstellen personell aufzustocken.

Frau Pohl begrüßt es, dass die im JHA entwickelte Idee der Schulsozialarbeit künftig von den Schulträgern vor Ort weitergeführt werde. Die wesentlichen Inhalte wie z.B. die Sozialraumorientierung oder die Frage von fachlichen Standards seien in der Vereinbarung enthalten, sodass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Entwurf zustimmen könne. Wichtig sei es aus ihrer Sicht, spätestens im Jahre 2011 eine Evaluation der nunmehr beschlossenen Ausgestaltung der Schulsozialarbeit vorzunehmen.

Herr Jasper betont, dass die Befürchtungen der SPD-Fraktion, mit der Umschichtung auf die Kommunen werde die Schulsozialarbeit sterben, nicht eingetreten seien. Im Gegenteil würden alle Kommunen die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortführen bzw. sogar noch personell ausweiten.

Herr Huesmann unterstreicht in seinen Ausführungen, dass der vorliegende zweite Entwurf inhaltlich deutlich hinter dem ersten Entwurf liege. So seien die Ausführungen zur fachlichen Anbindung innerhalb des Fachbereiches an die Fachabteilung Kinder- und Jugendförderung ebenso entfallen wie die Überlegungen zur Evaluation dieser Anbindungsform. Seiner Ansicht nach entspreche die künftige Schulsozialarbeit inhaltlich nicht mehr den ursprünglichen Überlegungen zum Isselburger Modell.

Herr Tönnes lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss: 8 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende Vereinbarung und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Punkt 3: 2. Controllingbericht 2009
Vorlage: 0192/2009

Herr Wiemer erläutert die Sitzungsvorlage. Gegenüber dem 1. Controllingbericht falle das nunmehr zum Jahresende prognostizierte Defizit um 200.000 € geringer aus. Ursächlich hierfür seien in erster Linie Mehrerträge bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen. Das Gesamtdefizit belaufe sich nach heutigem Stand zum Jahresende auf rund 900.000 €. In erster Linie resultiere das Defizit aus Mehraufwendungen im Bereich der Kindertagespflege, der Vollzeitpflege sowie der Heimerziehung.

Herr Huesmann erkundigt sich nach dem Zusammenhang steigender Fallzahlen im Bereich der ambulanten flexiblen Erziehungshilfen bei gleichzeitig sinkenden Aufwendungen für diese Hilfeart.

Herr Overmann erläutert, dass diese Entwicklung zum einen aus einer Begrenzung der Falllaufzeit auf 18 Monate resultiere. Darüber hinaus habe eine Analyse des Fallbestandes aber auch gezeigt, dass die Betreuungsintensität pro Fall in den vergangenen Monaten gesunken sei.

Frau Seidensticker-Beining gibt zu Bedenken, dass eine starre Begrenzung auf 18 Monaten evtl. im Einzelfall auch kontraproduktiv sein könne.

Herr Overmann führt hierzu aus, dass die Regelungen zur Begrenzung der Laufzeiten vorab mit den freien Trägern intensiv diskutiert worden seien. Darüber hinaus könne es im Einzelfall auch künftig noch Ausnahmen geben, in denen eine Hilfe über diesen Zeitraum von 18 Monaten hinaus gewährt werde.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes 2009 zum Stichtag 31.07.2009 zur Kenntnis.

**Punkt 4: Verlängerung der Anlauf- und Kontaktstelle Rhede um weitere drei Jahre
Vorlage: 0208/2009**

Herr Overmann erläutert die Sitzungsvorlage. Sowohl die Ausführungen in dem der Vorlage beigefügten Abschlussbericht als auch die geführten Gespräche mit den Mitarbeiterinnen der Anlauf- und Kontaktstelle, dem freien Träger und der Stadt Rhede hätten gezeigt, dass die Zielvorstellungen erreicht worden seien. Insbesondere die Zielgruppe der bildungsfernen Familien würde mit den durchgeführten Projekten erreicht werden können. Insgesamt sei die Anlauf- und Kontaktstelle ein wirksames, niederschwelliges Angebot im Sozialraum der Stadt Rhede. Die Verwaltung schlage daher eine Verlängerung der Laufzeit um weitere 3 Jahre bis zum 31.12.2012 vor.

Frau Kerkhoff bestätigt die Ausführungen von Herrn Overmann. Sie dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anlauf- und Kontaktstelle für ihr Engagement und begrüße daher auch im Namen der CDU-Fraktion eine Fortführung dieser erfolgreichen Konzeption.

Frau Seidensticker-Beining schließt sich diesem Dank an. Auch aus Sicht der SPD-Fraktion müsse diese wichtige Einrichtung künftig erhalten bleiben.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss verlängert die Laufzeit mit der Anlauf- und Kontaktstelle Rhede um weitere drei Jahre bis zum 31.12.2012

**Punkt 5: Umsetzung der U-Untersuchungs-Teilnahme-Datenverordnung (UTeilnahmeDatVO)
Vorlage: 0197/2009**

Herr Büsken erläutert die Vorlage. Die UTeilnahmeDatVO sei im vergangenen Jahr aus einem Handlungskonzept der Landesregierung NRW für einen wirksameren Kinderschutz entstanden. Ziel der Verordnung sei es, die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen zu steigern und die regelmäßige Teilnahme der Kinder an den Untersuchungen zu überprüfen. Inhaltlich konkretisiere die Verordnung ein Meldeverfahren zwischen den Kinderärzten, dem LIGA (Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit), den Meldebehörden und den Jugendämtern. Den Verfahrensablauf innerhalb des Kreisjugendamtes erläutert Herr Büsken anhand einer PowerPoint Präsentation. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt. Seit Anfang dieses Monats seien die ersten Meldungen vom LIGA beim Kreisjugendamt eingegangen. Nach den Statistiken zur Schuleingangsuntersuchung im Kreis Borken des Fachbereiches Gesundheit aus dem Jahre 2007 müsse das Jugendamt pro Jahr mit bis zu 800 Meldungen rechnen. Dies verursache insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst einen enormen personellen Aufwand.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, ob sich das Land an den Verwaltungskosten zur Umsetzung dieser Verordnung beteilige.

Herr Overmann verneint diese Frage. Ggfls. müsse man dieses Anliegen in den kommenden Monaten nochmals über die kommunalen Spitzenverbände an das Land herantragen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Umsetzung der U-Untersuchungs-Teilnahme-Datenverordnung (UTeilnahmeDatVO) zur Kenntnis.

**Punkt 6: Erfahrungsbericht "ein Jahr Kinderbildungsgesetz"
Vorlage: 0204/2009**

Herr Wiemer erläutert die Vorlage. Der Erfahrungsbericht „ein Jahr KiBiz“ sei ein Punkt des Maßnahmenprogrammes 2009 gewesen und resultiere aus einem Beschluss des JHA vom 15.12.2008. Herr Wiemer stellt den Erfahrungsbericht den Ausschussmitgliedern anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Das Buchungsverhalten der Eltern habe sich für das kommende Jahr 2009/2010 nur geringfügig zugunsten der 25 Std./Woche bzw. 45 Std./Woche verschoben. Mit 77 % sei die 35 Std./Woche nach wie vor die beliebteste Belegungsform. Einer der wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem früheren GTK sei der Umstieg auf im Vorfeld festzulegende Kindpauschalen (zum 15.03. eines Jahres für das zum 01.08. beginnende neue Kindergartenjahr). In den Kindpauschalen seien Kriterien wie Verweildauer, Alter des Kindes oder möglicherweise vorliegende Behinderungen des Kindes bereits berücksichtigt. Darüber hinaus seien diese Überlegungen zur Bedarfsplanung künftig nicht mehr im 2-Jahres-Rhythmus, sondern jährlich vorzunehmen. Die sich daraus ergebenden jährlichen Abstimmungsgespräche mit allen Einrichtungsträgern würden im Familienbüro erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen binden.

Im Ergebnis sei aus seiner Sicht aber die Umsetzung des KiBiz im dialogischen Prozess aller Beteiligten unter erheblichen Kraftanstrengungen gelungen. Zukünftig sehe er den weiteren U3-Ausbau bis zur Sicherstellung eines Rechtsanspruches ab dem 1. Lebensjahr im Jahre 2014 als eine weitere große Herausforderung für den Fachbereich.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Erfahrungsbericht „ein Jahr KiBiz“ zur Kenntnis.

Punkt 7: Zusammenarbeit mit dem SkF Ahaus-Vreden im Aufgabenbereich Kindertagespflege
Vorlage: 0205/2009

Herr Wiemer erläutert die Sitzungsvorlage. Der Bereich Kindertagespflege sei in den vergangenen Jahren bereits mehrfach Thema im JHA gewesen. So sei das qualifizierte Angebot zur Kindertagespflege vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) in Vreden sowie dem Tagesmütterverein in Vreden, Stadtlohn und Südlohn, dem JHA bereits in der Sitzung vom 26.09.2006 vorgestellt worden. Seit dem Jahre 2006 sei die Nachfrage nach Tagespflege rasant angestiegen. Während im Jahre 2006 noch 8 Kinder in Vreden, Stadtlohn bzw. Südlohn in Tagespflege betreut worden seien, seien es aktuell in diesen Kommunen ca. 135. So habe sich in den vergangenen Jahren die Arbeit des SkF zwangsläufig mehr und mehr in Richtung hauptamtlicher Tätigkeit verschoben. Für diesen personellen Einsatz beantrage der SkF daher nun eine finanzielle Unterstützung beim Kreisjugendamt.

Die mit dem SkF vereinbarten Rahmenbedingungen sähen vor, dass eine Eckpunktevereinbarung – ähnlich wie bei der Förderung der Erziehungsberatungsstellen – abgeschlossen werden solle. Parallel hierzu werde auch eine Controllingvereinbarung mit dem SkF geschlossen, nach der der SkF den Fachbereich quartalsweise über die erbrachten Leistungen informiert. Er schlage daher dem JHA vor, die Verwaltung mit dem Abschluss und der anschließenden Umsetzung dieser Vereinbarungen zu beauftragen.

Beschluss: einstimmig

Dem Skf Ahaus-Vreden e.V. werden auf der Basis einer noch zu schließenden Vereinbarung Aufgaben der Beratung und Vermittlung im Bereich Kindertagespflege übertragen. Die Rahmenbedingungen der künftigen Zusammenarbeit sind in der Sitzungsvorlage im Einzelnen genannt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss umzusetzen und dem Jugendhilfeausschuss anschließend zu berichten.

Punkt 8: Rückblick auf die Wahlperiode 2004 - 2009
Vorlage: 0211/2009

Herr Overmann erläutert die Vorlage. In der vergangenen Wahlperiode seien eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Projekten durchgeführt worden, über deren Umsetzung regelmäßig im JHA beim Tagesordnungspunkt zur Maßnahmenplanung berichtet wurde. Die vorherrschenden Leitthemen seien aus seiner Sicht die Verbesserung des Kinderschutzes, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Zunahme der erzieherischen Hilfen, die präventiven Hilfen, die Schulsozialarbeit und die offene Kinder- und Jugendarbeit gewesen.

Als Ausblick für die kommende Legislaturperiode erwarte er für die Jugendhilfe neue Themenfelder wie Bildung, Kinderarmut, Inklusion oder den Umgang mit einer steigenden Zahl schwer gestörter Kinder, Jugendlicher und deren psychisch erkrankte Eltern. Sorge bereite ihm außerdem eine evtl. künftige andere Wahrnehmung der Arbeit der Jugendhilfe in der Bevölkerung, wenn das Jugendamt durch neue Maßnahmen zum Kinderschutz mehr und mehr die neue (alte) Rolle des Wächteramtes übernehmen müsse.

Im Anschluss an den Rückblick auf die vergangene Wahlperiode bedankt sich Herr Tönnes bei allen Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Zwar seien die einzelnen Positionen teils kontrovers diskutiert worden, die Ergebnisse seien jedoch letztendlich immer fruchtbar im Sinne einer Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Kreis Borken gewesen. Sein besonderer Dank gilt allen ausscheidenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Haßenkamp berichtet über einen Antrag von Herrn Krause aus Gronau, der die Durchführung von zahnärztlichen Untersuchungen in Kindertageseinrichtungen einfordere. Formell stütze sich Herr Krause auf eine gesetzliche Regelung im KiBiz. Inhaltlich seien im Rahmen der Aufgabenkritik 2003/2004 die zahnärztlichen Untersuchungen neu organisiert worden. Die zahnärztlichen Untersuchungen würden nicht mehr in Kindergärten sondern in Grundschulen durchgeführt. Parallel hierzu werde in den Kindergärten über den Arbeitskreis Zahn-gesundheit weiterhin präventiv gearbeitet. Die Auswertungen belegten, dass sich seither der Zahnstatus im Grundschulalter deutlich verbessert habe. Ob sich an diesem bewährten Verfahren aufgrund des vorliegenden Antrages künftig etwas ändern solle, müsse in den kommenden Wochen noch hausintern geklärt werden.

Herr Wiemer weist auf die Neukonstituierung des JHA hin. So habe der Fachbereich die freien Träger mit der Bitte angeschrieben, Vorschläge für die Neubesetzung des JHA einzureichen. Bekanntlich würden 6 der 15 stimmberechtigten Mitglieder des JHA auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gewählt. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen laufe noch bis zum 30.09.2009.

Herr Overmann weist auf die aktuelle Personalsituation in der Fachabteilung 51.3 Kinder- und Jugendförderung hin. Aufgrund von Personalwechseln, Ausscheiden von Mitarbeitern, sowie bevorstehenden Elternzeiten sei die Fachabteilung aktuell nur mit einem Mitarbeiter besetzt, der selbst erst seit gut einem Monat in der Abteilung tätig ist. Er bitte daher um Verständnis, wenn derzeit Beratungsanfragen aus den Kommunen nicht wie gewohnt bearbeitet werden können.

Punkt 10: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil**Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung**

keine

Punkt 12: Anfragen

keine

Im Anschluss an die offizielle Tagesordnung bedankt sich Herr Tönnies im Namen aller Mitglieder des JHA bei Herrn Haßenkamp für die hervorragende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Herr Haßenkamp habe während seiner Zeit im Kreishaus deutliche Spuren hinterlassen. Er habe es in seiner Doppelfunktion als Sozialdezernent und Kämmerer verstanden, die jeweils unterschiedlichen Interessenlagen miteinander in Einklang zu bringen. Im Bereich der Jugendhilfe habe er den Ausbau präventiver Hilfen maßgeblich vorangetrieben. Abschließend überreicht Herr Tönnies Herrn Haßenkamp einen Blumenstrauß sowie ein kleines Präsent und wünscht ihm im Namen des gesamten JHA viel Erfolg bei seiner künftigen Tätigkeit als neuer Leiter der Gemeindeprüfungsanstalt.

Herr Haßenkamp bedankt sich bei Herrn Tönnies für die freundlichen Worte. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und JHA habe er stets als fruchtbar erfahren. Der JHA zeichne sich insbesondere dadurch aus, dass inhaltlich viele Dinge bearbeitet und auch entwickelt würden. Darüber hinaus lebe ein politischer Ausschuss selbstverständlich auch von kontroversen Diskussionen, die er jedoch stets als offen und fair erlebt habe. Er hoffe, dass sich der JHA diesen Stil erhalten möge, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund der Finanzkrise künftig viele politische Auseinandersetzungen schwieriger verlaufen könnten. Er sei jedoch zuversichtlich, dass der JHA diesen Entwicklungsprozess erfolgreich bestehen werde.

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies schließt die Sitzung um 19:35 Uhr.

Heinz-Josef Tönnies

Markus Büsken